

## **Antrag an den Landesparteitag Die Linke.NRW 29./30. Oktober 2022**

Der Landesparteitag der Linken in NRW fasst folgenden Beschluss und nimmt ihn an geeigneter Stelle in sein Landesprogramm auf:

Die Linke.NRW setzt sich dafür ein, dass die bundesweit laufende Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) gestoppt wird. Vor einer möglichen Fortsetzung der Einführung werden zunächst unabhängige wissenschaftliche Studien zum Nutzen, zu Risiken und zum Aufwand für Versicherte, Patient\*innen und betroffene Behandler\*innen sowie eine ökonomische Kosten/Nutzen-Analyse durchgeführt und Alternativen entwickelt, die dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung mehr entsprechen. Die Bundesregierung, insbesondere das Bundesgesundheitsministerium, soll geeignete Maßnahmen treffen, damit die Resultate der Studien allgemeinverständlich und breit publiziert, in der demokratischen Öffentlichkeit politisch diskutiert sowie parlamentarisch debattiert werden. Über den möglichen Inhalt, die Form und die Fortsetzung der Einführung einer ePA soll in einem Gesetzgebungsverfahren im Bundestag neu entschieden werden.

Bis dahin lehnt Die Linke.NRW ausdrücklich die im Koalitionsvertrag der Regierungskoalition von SPD, Grünen und FDP auf Bundesebene geplante „Opt-Out“-Regelung ab, bei der eine ePA zukünftig für jede\*n Bürger\*in bereits ab Geburt und ohne Zustimmung der Betroffenen oder deren gesetzliche Vertreter automatisch eingerichtet werden soll. Stattdessen setzt sie sich bis zum Neuentcheid über die ePA für den Erhalt der ausdrücklichen Zustimmung der einzelnen Versicherten und Patient\*innen zur Einrichtung einer individuellen ePA bei den Krankenkassen ein („Opt-In“). Dabei ist die volle Datensouveränität der einzelnen Versicherten und Patient\*innen auf allen Ebenen der Datenerfassung, -verarbeitung und -weiterleitung rechtlich, technisch und praktisch sicherzustellen (v.a. durch Ende-zu-Ende-Verschlüsselung) und durch eine demokratisch legitimierte, unabhängige und fachlich geeignete Institution laufend zu kontrollieren.

Darüber hinaus lehnt die Linke.NRW die geplante Speicherung der individuellen Gesundheitsdaten der Bevölkerung in einer bundesweiten Gesundheitscloud und darüber hinaus in einer EU-Gesundheitscloud („European Health Data Space“) ab.

### **Begründung:**

Die bisher betriebene Digitalisierung des Gesundheitswesens nützt primär der sogenannten Gesundheitswirtschaft (Gesundheitskonzerne) und der Digitalindustrie. Aus ihren Reihen wird offensiv gefordert, die geltenden Grund- und Datenschutzrechte der Bürger\*innen abzubauen, damit ihr Geschäftsmodell der ökonomischen Verwertung von Patient\*innendaten über die massenhafte Sammlung und Verknüpfung von Meta- und Einzeldaten überhaupt profitabel wird. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, Datensparsamkeit und Datenschutz werden zum „Investitionshindernis“ erklärt. Unterstützt werden sie dabei vom Bundesgesundheitsministerium. Zuletzt forderte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach im September 2022 die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, mit der die Gesundheitsdatendaten der Patient\*innen in der ePA abgelegt werden, abzuschaffen, weil sie eine „technische Hürde“ sei.

Es geht bei der ePA und anderen eHealth-Tools also nicht um die Gesundheit der Menschen, sondern um das Geschäft mit „Big Data“. Vereinzelt Vorteile für Patient\*innen und Behandler\*innen sind dabei nur das Abfallprodukt aus dem Geschäft mit unseren Gesundheitsdaten, für den wir einen hohen Preis bezahlen müssen. Dieser besteht nicht zuletzt in der realen Gefahr, dass sich dieses digitale System aufgrund seiner telematischen Eigengesetzlichkeiten von individuellen und auch von politischen Entscheidungen abkoppelt und zu einer deutschen bzw. europäischen Variante des chinesischen Überwachungs- und Scoring-Systems wird.